

Verordnung über die Schuldienste ¹⁾

Vom 25. April 1988 (Stand 1. August 2010)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 60a Abs. 2 und 3 sowie 61 Abs. 2 und 3 des Schulgesetzes vom 17. März 1981 ²⁾, die §§ 6a Abs. 3, 16 Abs. 1 und 22 des Dekrets über die Schuldienste vom 29. April 1986 ³⁾ sowie § 2 Abs. 1 des Gesundheitsgesetzes (GesG) vom 20. Januar 2009 ^{4), 5)}

beschliesst:

1. Bildungsberatung ⁶⁾

1.1. Allgemeine Bestimmungen ⁷⁾

§ 1 ⁸⁾ Anmeldung

¹ Gruppen bezogene schulpsychologische Anliegen bedürfen eines Auftrags der zuständigen Schulleitung.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

²⁾ SAR [401.100](#)

³⁾ SAR [405.110](#)

⁴⁾ SAR [301.100](#)

⁵⁾ Fassung gemäss Ziff. II./9. der Verordnung zum Gesundheitsgesetz (GesV) vom 11. November 2009, in Kraft seit 1. Januar 2010 (AGS 2009 S. 418).

⁶⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁷⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁸⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

§ 2¹⁾ Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht

¹ Über die vereinbarten Zielsetzungen und den Verlauf der Beratungen werden Aufzeichnungen gemacht. Diese sind nach Abschluss der Beratungen während 10 Jahren aufzubewahren und anschliessend zu vernichten.

² Klientinnen und Klienten, bei Minderjährigen mit deren Einverständnis auch die Eltern, haben ein umfassendes Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht.

§ 3²⁾ Zugang

¹ Kinder und Jugendliche in der Volksschule werden aufgrund des kantonalen Regos-Plans den jeweiligen Beratungsstellen zugeteilt.

² Die übrigen Personen können sich bei einem Regionalstandort ihrer Wahl anmelden. Dieser entscheidet aufgrund von Angebot und Nachfrage, wo die Dienstleistung erbracht wird.

1.2. Schulpsychologischer Dienst³⁾

§ 4⁴⁾ Standorte

¹ Regionalstandorte des Schulpsychologischen Diensts sind Aarau, Baden, Rheinfelden, Wohlen, Zofingen und Zurzach.

² Die Regionalstellen sorgen für Ambulatorien zur Sicherung eines gleichwertigen und schulnahen Angebots.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

³⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

§ 5 ¹⁾ ...

§ 6 ²⁾ ...

§ 7 ³⁾ ...

§ 8 ⁴⁾ ...

§ 9 ⁵⁾ ...

§ 10 ⁶⁾ ...

§ 11 ⁷⁾ ...

1.3. Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf ⁸⁾

§ 12 ⁹⁾ Zuständigkeit

¹ Das Departement Bildung, Kultur und Sport schliesst mit dem Leistungserbringer einen Rahmenvertrag und einen Leistungsvertrag ab, sorgt für die interkantonale Koordination der Angebote und ist als Controllingstelle zuständig für die Berichterstattung an den Regierungsrat. Der Rahmenvertrag enthält den Leistungsauftrag für die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf.

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

²⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

³⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁴⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁵⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁶⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁷⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁸⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

§ 13 ¹⁾ Leistungsvereinbarungsperioden

¹ Der Rahmenvertrag wird auf 4 Jahre abgeschlossen.

² Der Leistungsvertrag wird in Bezug auf das Mengengerüst, die inhaltlichen Schwerpunkte und die finanziellen Ressourcen jährlich neu abgeschlossen.

³ Die Kündigungsmodalitäten werden im Rahmen- und im Leistungsvertrag vereinbart.

§ 14 ²⁾ Kontrollverfahren

¹ Der Leistungserbringer erstattet dem Departement Bildung, Kultur und Sport mindestens einmal pro Jahr Bericht über die Einhaltung des Leistungsvertrags.

§ 15 ³⁾ Finanzierungsgrundsätze

a) Kosten-/ Leistungsrechnung

¹ Der Leistungserbringer führt eine Kosten-/Leistungsrechnung als Grundlage für die Berechnung, Überwachung und Abrechnung des Globalbeitrags im Rahmen des Leistungsvertrags sowie für die betriebswirtschaftliche Führung.

§ 15a ⁴⁾ b) Überschussverteilung

¹ Weist der Saldo der laufenden Rechnung am Ende des Budgetjahrs einen Überschuss aus, ist dieser der nächsten Periode anzurechnen.

§ 15b ⁵⁾ c) Zusatzfinanzierung

¹ Reichen die für den Saldo der laufenden Rechnung bewilligten Mittel zur Erbringung der im Leistungsvertrag umschriebenen Leistungen nicht aus, ist dessen Anpassung zu prüfen. Gegebenenfalls ist eine Zusatzfinanzierung zu beantragen.

² Eine Zusatzfinanzierung ist grundsätzlich im darauf folgenden Budgetjahr zu kompensieren.

³ Beim Vorliegen veränderter Voraussetzungen kann vom Grundsatz der Kompensation abgewichen werden.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

³⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁴⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

⁵⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

§ 15c ¹⁾ d) Zusatzleistungen

¹ Zusatzleistungen von grossem öffentlichen Interesse dürfen zu nicht kostendeckenden Preisen angeboten werden.

² Diese bedürfen eines besonderen Leistungsvertrags, worin der Deckungsbeitrag festgelegt wird.

§ 15d ²⁾ e) Finanzaufsicht

¹ Der Leistungserbringer muss über eine externe Kontrollstelle verfügen.

¹⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

²⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 29. Juni 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006 (AGS 2005 S. 622).

2. Ärztliche Schuldienste

2.1. Kantonaler kinder- und jugendpsychiatrischer Dienst

§ 16 ¹⁾ ...

§ 17 ²⁾ ...

§ 18 ³⁾ ...

§ 19 ⁴⁾ ...

2.2. Schularzt

2.2.1. Allgemeines

§ 20 ⁵⁾ Voraussetzungen

¹ Als Schularztin oder Schularzt kann beauftragt werden, wer praktiziert und über eine aargauische Praxisbewilligung verfügt; über Ausnahmen befindet das Gesundheitsdepartement ⁶⁾.

§ 21 Aufgaben

¹ Der Schularzt veranlasst die vorgeschriebenen und die durch die Umstände gebotenen Vorbeugungs- und Bekämpfungsmassnahmen gegen Krankheiten und Unfälle.

¹⁾ Aufgehoben durch § 17 Abs. 2 des Dekretes über die psychiatrischen Dienste des Kantons Aargau vom 28. März 1995, in Kraft seit 28. März 1995 (AGS 1995 S. 51; Berichtigung: AGS 1995 S. 165).

²⁾ Aufgehoben durch § 17 Abs. 2 des Dekretes über die psychiatrischen Dienste des Kantons Aargau vom 28. März 1995, in Kraft seit 28. März 1995 (AGS 1995 S. 51; Berichtigung: AGS 1995 S. 165).

³⁾ Aufgehoben durch § 17 Abs. 2 des Dekretes über die psychiatrischen Dienste des Kantons Aargau vom 28. März 1995, in Kraft seit 28. März 1995 (AGS 1995 S. 51; Berichtigung: AGS 1995 S. 165).

⁴⁾ Aufgehoben durch § 17 Abs. 2 des Dekretes über die psychiatrischen Dienste des Kantons Aargau vom 28. März 1995, in Kraft seit 28. März 1995 (AGS 1995 S. 51; Berichtigung: AGS 1995 S. 165).

⁵⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen (VALL) vom 13. Oktober 2004, in Kraft seit 1. Januar 2005 (AGS 2004 S. 260).

⁶⁾ Heute: Departement Gesundheit und Soziales

² Er berät die Schulbehörden, die Schulleitungen, die Lehrkräfte und die Eltern in Fragen der Gesundheitserziehung und -förderung.

³ In seiner schulärztlichen Tätigkeit arbeitet er mit den Hausärzten, den zuständigen Beratungsstellen sowie den übrigen Schuldiensten zusammen.

⁴ Das Departement Gesundheit und Soziales legt im Einvernehmen mit dem Departement Bildung, Kultur und Sport das Pflichtenheft fest. ¹⁾

2.2.2. Untersuchung der Schüler

§ 22 Untersuchung

¹ Die schulärztliche Untersuchung dient dazu, den Gesundheitszustand der Schüler festzustellen sowie Gesundheits- oder Entwicklungsstörungen rechtzeitig zu erkennen.

² Die schulärztliche Untersuchung ist obligatorisch und umfasst eine ²⁾

- a) Einschulungsuntersuchung im Kindergarten oder in der 1. Klasse,
- b) Entlassungsuntersuchung in der 8. oder 9. Klasse.

^{2bis} Die Schulärztin oder der Schularzt legt in Absprache mit der Schulleitung die Untersuchungstermine rechtzeitig fest. ³⁾

³ Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden auf der jeweiligen ärztlichen Schülerkarte festgehalten.

⁴ Untersuchungen gemäss Absatz 2 können auf eigene Kosten auch bei einer privaten Ärztin oder bei einem privaten Arzt durchgeführt werden. Die Eltern sind von der Schulleitung über diese Möglichkeit mindestens zwei Monate vor dem schulärztlichen Untersuchungstermin schriftlich zu informieren. Ist bis zu diesem Termin keine private Untersuchung erfolgt oder vereinbart, führt die Schulärztin oder der Schularzt die Untersuchung durch. ⁴⁾

⁵ Die private Ärztin oder der private Arzt teilt der Schulärztin oder dem Schularzt jede Untersuchung gemäss Absatz 2 unverzüglich schriftlich mit und bestätigt, sie nach den Vorgaben des Departements Gesundheit und Soziales durchgeführt zu haben. ⁵⁾

¹⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

³⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁴⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁵⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

§ 23 ¹⁾ Umfang und Dauer

¹ Umfang und Dauer der Untersuchungen sowie allfällige Nachuntersuchungen sind im Pflichtenheft geregelt.

§ 24 ²⁾ Weitere Untersuchungen

¹ Das Departement Gesundheit und Soziales kann im Einvernehmen mit dem Departement Bildung, Kultur und Sport weitere Untersuchungen an den Schulen anordnen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege liegt.

§ 25 Einzeluntersuchung

¹ Der Schularzt untersucht auch einzelne Schüler, die ihm von der Schulbehörde oder der Schulleitung im Einverständnis der Eltern zugewiesen werden.

§ 26 Massnahmen

¹ Ergibt sich auf Grund der schulärztlichen Untersuchung die Notwendigkeit weiterer Abklärungen, einer ärztlichen Behandlung oder anderer Vorkehren, so hat der Schularzt dem Inhaber der elterlichen Gewalt und, soweit notwendig, dem Klassenlehrer Meldung zu erstatten und die geeigneten Massnahmen zu empfehlen.

² Für eine allfällige Behandlung besteht freie Arztwahl.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

2.2.3. ... ¹⁾

§ 27 ²⁾ ...

§ 28 ³⁾ ...

2.2.4. Vorbeugende Massnahmen

§ 29 ⁴⁾ Gesundheitsförderung

¹ Wenn im Rahmen der lehrplanmässigen Gesundheitsförderung bestimmte Unterrichtsthemen es erfordern, können die Lehrkräfte im Einverständnis mit der Schulleitung die Schulärztin oder den Schularzt oder andere Fachkräfte beiziehen.

² Für Veranstaltungen der Schule zu aktuellen gesundheitsrelevanten Themen kann die Schulleitung die Schulärztin oder den Schularzt oder andere Fachkräfte beiziehen.

³ Das Departement Bildung, Kultur und Sport kann in Zusammenarbeit mit dem Departement Gesundheit und Soziales Empfehlungen zur Gesundheitsförderung an den Schulen aufstellen und sorgt für die nötige Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich.

§ 30 Schutzimpfungen

¹ Alle Schutzimpfungen sind grundsätzlich freiwillig; ausgenommen sind solche zur Epidemienbekämpfung. Die Kontrolle des Impfzustandes der Schüler erfolgt im Rahmen der schulärztlichen Untersuchungen anhand der vorzulegenden Impfausweise.

² Für jede Impfung ist die schriftliche Einwilligung des Inhabers der elterlichen Gewalt erforderlich.

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

²⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

³⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

2.2.5. Übertragbare Krankheiten

§ 31 ¹⁾ Epidemien, Massnahmen

¹ Der Schularzt veranlasst nach Rücksprache mit dem Amtsarzt die vorgeschriebenen Massnahmen gegen übertragbare Krankheiten gemäss Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 18. Dezember 1970 ²⁾.

² Der Amtsarzt ist befugt, zur Epidemienbekämpfung an den Schulen prophylaktische Impfungen und Untersuchungen anzuordnen.

§ 32 Tuberkulose

¹ Bei einer Erkrankung an offener Tuberkulose oder bei auffällig vielen Spontan-Tuberkulinkonvertoren sind alle Schüler einzelner Klassen oder ganzer Schulen und deren Lehrkräfte durch den Schularzt oder einen Spezialarzt zu untersuchen.

² Die Tuberkulinproben werden nach den Weisungen des kantonsärztlichen Dienstes vom Schularzt durchgeführt. Dieser entscheidet auf Grund der Testresultate über weitere Massnahmen.

2.2.6. Beratung

§ 33 ³⁾ Umfang

¹ Die Schulärztin oder der Schularzt steht Schulbehörden, Eltern, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern für die Beratung über angeordnete und empfohlene Massnahmen zur Verfügung.

² Sie oder er steht den Schülerinnen und Schüler bei besonderen Situationen und Ereignissen (Drogenproblematik, vermutete Schwangerschaft, Misshandlung etc.) als Anlaufstelle zur Verfügung.

³ Sie oder er kann aus eigener Initiative im Einverständnis mit der Schulpflege aufklärende und beratende Massnahmen ergreifen.

§ 34 Privatärztliche Zeugnisse

¹ Die Schulbehörde kann dem Schularzt privatärztliche Zeugnisse und Dispensationsgesuche von Lehrkräften, Dienstpersonal und Schülern zur Stellungnahme unterbreiten.

¹⁾ Fassung gemäss Ziff. II./9. der Verordnung zum Gesundheitsgesetz (GesV) vom 11. November 2009, in Kraft seit 1. Januar 2010 (AGS 2009 S. 418).

²⁾ SR [818.101](#)

³⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

§ 35 Berufsgeheimnis

¹ Bezüglich Berufsgeheimnis und Meldepflicht gelten die einschlägigen Bestimmungen der eidgenössischen und der kantonalen Gesetzgebung.

2.2.7. Administration**§ 36**¹⁾ ...**§ 37**²⁾ Schülerkarten und Bestätigungen

¹ Die Schulärztin oder der Schularzt führt über jede Schülerin und jeden Schüler eine Schülerkarte.

² Die Schülerkarten und die Bestätigungen der privat durchgeführten Untersuchungen sind von der Schulärztin oder dem Schularzt aufzubewahren. Bei einem Wechsel der Schule sind diese nach Mitteilung der Schulleitung der Schulärztin oder dem Schularzt der neuen Schule zu übergeben.

³ Nach Abschluss der Volksschule beziehungsweise der Ausbildung an Mittelschulen werden die Schülerkarten und Bestätigungen den Eltern und bei Mündigkeit den Schülerinnen und Schülern ausgehändigt.

§ 38³⁾ Tätigkeitsberichte

¹ Jede Schulärztin und jeder Schularzt erstattet der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber zuhanden des Departements Gesundheit und Soziales Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Schuljahr.

² Das Departement legt die Vorgaben für die Berichterstattung fest und wertet die schulärztliche Tätigkeit aus.

2.2.8. Entschädigung**§ 39**⁴⁾ Ansätze

¹ Die Schulärztin oder der Schularzt wird mit Fr. 185.– pro Stunde entschädigt.

² Zusätzliches eigenes Personal wird mit Fr. 49.– pro Stunde entschädigt.

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

³⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

2.3. Schulzahnpflege

2.3.1. Allgemeines

§ 40¹⁾ Qualitätssicherung

¹ Die Qualitätssicherung der vorbeugenden Massnahmen obliegt den Schulpflegen. Die Gemeinden sind berechtigt, generell oder im Bedarfsfall einen Zahnarzt beizuziehen, der über eine Berufsausübungsbewilligung gemäss der kantonalen Gesundheitsgesetzgebung verfügt.

2.3.2. ...²⁾

§ 41³⁾ ...

§ 42⁴⁾ ...

§ 42a⁵⁾ Beratung und Überwachung

¹ Der Kantonszahnarzt überwacht die Schulzahnpflege.

² Er steht den Schulpflegen und den in der Schulzahnpflege tätigen Personen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben soweit notwendig beratend zur Verfügung.

2.3.3. Fachkräfte für Schulzahnprophylaxe⁶⁾

§ 43⁷⁾ Einsetzung

¹ Der Gemeinderat setzt auf Antrag der Schulpflege eine oder mehrere Fachkräfte für Schulzahnprophylaxe ein.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

²⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

³⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁴⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁵⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁶⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁷⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

² Einsetzbar ist, wer die von der Zahnärztesgesellschaft des Kantons Aargau empfohlenen Ausbildungskurse erfolgreich abgeschlossen hat.

§ 44 ¹⁾ ...

§ 45 ²⁾ Aufgaben ³⁾

¹ Die Kantonszahnärztin oder der Kantonszahnarzt legt das Pflichtenheft fest. Die Fachkräfte für Schulzahnprophylaxe führen die Schulzahnprophylaxe gemäss diesem Pflichtenheft durch, sprechen ihre Einsätze mit der Schulleitung ab und bilden sich regelmässig weiter.

2.3.4. ... ⁴⁾

§ 46 ⁵⁾ ...

2.3.5. *Schulzahnprophylaxe* ⁶⁾

§ 47 ⁷⁾ Gegenstand und Umfang

¹ Die Schulzahnprophylaxe umfasst Instruktion der Zahnpflege sowie Informationen über gesunde Ernährung und über weitere allgemein vorbeugende Massnahmen.

² In der 1. und 2. Klasse der Primarschule stehen Instruktion und vorbeugende Massnahmen im Vordergrund. Ab der 3. Klasse wird vor allem über karies- und paradontal-prophylaktische Massnahmen informiert.

³ In der Primarschule werden die Abteilungen in der Regel sechs Mal pro Schuljahr und in der Oberstufe mindestens zwei Mal pro Schuljahr von einer Fachkraft für Schulzahnprophylaxe besucht.

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

³⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁴⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁵⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁶⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

⁷⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

§ 48 ¹⁾ ...

2.3.6. Untersuchung

§ 49 ²⁾ Kontrolluntersuchung

¹ Zu Beginn jedes Schuljahres geben die Schulen den Inhabern der elterlichen Gewalt pro volksschulpflichtiges Kind einen Gutschein für die zahnärztliche Kontrolluntersuchung ab.

² Innert Monatsfrist nach Abschluss des Schuljahres reichen die Zahnärzte die eingelösten Gutscheine den zuständigen Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden zur Abrechnung ein.

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 24. März 2010, in Kraft seit 1. August 2010 (AGS 2010 S. 83).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

§ 50 ¹⁾ ...

§ 51 ²⁾ ...

§ 52 ³⁾ ...

§ 53 ⁴⁾ ...

§ 54 ⁵⁾ ...

§ 55 ⁶⁾ ...

§ 56 ⁷⁾ ...

§ 57 ⁸⁾ ...

§ 58 ⁹⁾ ...

§ 59 ¹⁰⁾ ...

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

²⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

³⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁴⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁵⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁶⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁷⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁸⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

⁹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

¹⁰⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

§ 60 ¹⁾ ...

3. Schlussbestimmungen

§ 60a ²⁾ Funktions-, Berufs- und Personenbezeichnung

¹⁾ Die in dieser Verordnung verwendeten Funktions-, Berufs- und Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

§ 61 Inkrafttreten, Aufhebung bisherigen Rechts, Anpassungsfrist

¹⁾ Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt zusammen mit dem Dekret über die psychologischen und ärztlichen Schuldienste vom 29. April 1986 ³⁾ am 1. Juli 1988 in Kraft.

²⁾ Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung sind aufgehoben:

- a) Verordnung über die Gesundheitspflege und die Gesundheitserziehung in der Volksschule vom 18. Juli 1968 ⁴⁾;
- b) Verordnung über die Entschädigung der Schulärzte vom 3. November 1975 ⁵⁾;
- c) Verordnung über den schul- und sportärztlichen Dienst an den kantonalen Lehranstalten vom 10. Februar 1955 ⁶⁾;
- d) Verordnung über die jugendpsychologischen Dienste vom 29. August 1977 ⁷⁾;
- e) Reglement über die Zahnpflege in der Volksschule vom 29. August 1968 ⁸⁾.

³⁾ Die Gemeinden haben die erforderlichen Anpassungen an die Bestimmungen dieser Verordnung bis zum 1. Januar 1990 vorzunehmen.

Aarau, den 25. April 1988

Regierungsrat Aargau

Landammann
LAREIDA

Staatsschreiber
SIEBER

¹⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

²⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 19. November 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AGS 1997 S. 387).

³⁾ SAR [405.110](#)

⁴⁾ AGS Bd. 7 S. 97; Bd. 9 S. 414

⁵⁾ AGS Bd. 9 S. 193

⁶⁾ AGS Bd. 4 S. 237

⁷⁾ AGS Bd. 9 S. 427; Bd. 10 S. 106

⁸⁾ Nicht in der AGS publiziert.